

Windpark: Nun doch ein Nein

Beschluss der Gemeindevertretung Nentershausen wurde aufgehoben – Jetzt gilt das Gegenteil

Von Silke Schäfer-Marg

NENTERSHAUSEN. Nun wird auch die Gemeinde Nentershausen dem geänderten Genehmigungsantrag der Firma Abowind zu Errichtung und Bau von sechs Windkraftanlagen das Einvernehmen versagen. Das hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am Dienstag in Nentershausen mit Mehrheit der SPD-Fraktion beschlossen. Es fehlen zu viele ergänzende Unterlagen zum geänderten Antrag, war sich die Mehrheit mit dem Gemeindevorstand einig.

Gleichzeitig wurde der Beschluss vom Mittwoch vergangener Woche aufgehoben, in dem das Einvernehmen erteilt worden war – wir berichteten. In dieser Sitzung hatte ein SPD-Vertreter mit der CDU gestimmt, ein weiterer enthielt sich der Stimme. Gegen diesen

Beschluss hatte Bürgermeister Ralph Hilmes Widerspruch eingelegt, es folgte die Sitzung am Dienstag mit verkürzter Ladefrist. Zu der war neben vielen anderen Zuhörern auch Wildecks Bürgermeister Alexander Wirth erschienen, weil eines der geplanten Windräder in der Gemarkung Wildeck aufgestellt werden soll. Die Wildecker Gemeindevertretung hatte am Montag einstimmig das gemeindliche Einvernehmen verweigert.

Darum geht es: Das Regierungspräsidium hatte beide Kommunen aufgefordert, neue Antragsunterlagen der Firma Abowind für den Bau von sechs Windkraftanlagen zu prüfen – nach Einschätzung der Gemeinde mit zu knappen Fristen. Diese Unterlagen waren einem Rechtsanwalt zugeleitet worden. Der hatte Mängel festgestellt, offene

Fragen und das Entgegenstehen von Belangen der Gemeinde.

In der Sitzung am Dienstag nannte Bürgermeister Hilmes Beispiele: So sollten drei Windkraftanlagen an einer anderen als ursprünglich angegebenen Stelle errichtet werden, zwei lägen außerhalb des vorgegebenen Windfeldes. Es fehlten außerdem eine Betrachtung der Auswirkungen des Sturmes Friederike sowie weitere avifaunistische Untersuchungen. Horste, die die Bürgerinitiative gefunden habe, seien nicht berücksichtigt worden. Auch die Auswirkungen auf den Rhäden seien nicht ausreichend untersucht worden.

Unklar seien zudem die Wegplanung zu den geplanten Anlagen und die Stromentsorgung. Auch fehle ein Brandschutzkonzept. Hilmes



Geplanter Windpark Nentershausen: So könnte der Blick von der Hohen Süß aus aussehen.

Fotomontage: Abowind

sagte, dass die Gemeinde kein Klagerecht mehr habe, wenn das Einvernehmen hergestellt sei. Die Gemeindevertreter hätten die Pflicht zur Wahrung des Gemeinwohls und zur Abwendung eventueller Beeinträchtigungen der Bürger, appellierte er an die Kommunalpolitiker.

Reiner Hollstein (CDU) befand, dass die Gemeinde nur

zu den sie direkt betreffenden Belangen Stellung nehmen könne, für Fragen des Immissionsrechts oder den Forst gebe es Fachbehörden. „Oder vertrauen wir unseren Behörden nicht mehr?“ Carmen Bornschiefer (SPD) dagegen meinte, die Gemeindevertretung sei nicht den Behörden verpflichtet, sondern den Bürgern.